## Europa – so nah und fern zugleich

Saar-Uni-Professor brachte Von-der-Leyen-Schüler die Idee der EU näher

In diesem Jahr sind wieder alle Bürger der Europäischen Union aufgerufen, das EU-Parlament zu wählen. Jetzt hat Professor Thomas Giegerich Politik-Schülern in Blieskastel die Hintergründe Europas verdeutlicht.

Blieskastel. "Parlamentum Europaeum" konnten 70 Schülerinnen und Schüler des Vonder-Leyen-Gymnasiums, die in der Oberstufe das Fach Politik belegt haben, auf einer Großleinwand lesen, als sie erwartungsvoll die Aula betraten. Sie kamen auf Initiative ihres Politiklehrers Oliver Drechsler, der sie zu Beginn des Jahres 2014, einem Europawahljahr, möglichst umfassend und fundiert auf das Thema "Europa" vorbereiten wollte. In Kooperation mit der Universität des Saarlandes konnte er Professor Thomas Giegerich als Referenten gewinnen. Dieser lehrt am Europa-Institut der Universität Europarecht und europäische Integration. Professor Giegerich wusste auch sofort den Schüler zu erklären, warum der Schriftzug im Logo des Europäischen Parlamentes unter der azurblauen Flagge mit dem Kranz aus goldgelben Sternen in lateinischer Sprache abgefasst war. Die Europaparlamentarier aus 28 Mitgliedsländern konnten sich für das Logo auf keine der 24 Amtssprachen einigen, und so habe man für den Schriftzug eine Sprache gewählt, die keiner spricht, aber in diesem Zusammenhang jeder versteht.

Die Idee eines geeinten Europas stamme bereits aus dem Mittelalter, ist aber erst nach 1945 realisiert worden. Unter Federführung des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman ist es 1952 zur Gründung der Montanunion gekommen. Mit der Gründung dieser Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wollte man die Kohle, Hauptenergiequelle dieser Zeit, und den Stahl, aus dem Panzer und Waffen hergestellt werden, aus der Verfügungsgewalt der Einzelstaaten nehmen und so die Möglichkeit verhindern, Krieg zu führen. Dies sei der erste



Professor Thomas Giegerich mit Politiklehrer Oliver Drechsler (von links) und die Schüler der Politikkurse in der Aula des Von-der-Leyen-Gymnasiums. FOTO: SUSANNE GASTAUER

Schritt auf dem Weg zum großen Ziel gewesen, nämlich in Europa Frieden, Freiheit und Demokratie mit vereinten Kräften zu sichern. Der Gedanke der europäischen Vereinigung basiere auf dem Ansatz des Funktionalismus.

## Ein Magnet für andere Staaten

Einerseits sollten die Staaten dieser ersten Europäischen Gemeinschaft (Beneluxstaaten, Deutschland, Frankreich, Italien) eine Magnetwirkung auf andere europäische Staaten haben, andererseits sollten sich die Kompetenzen der Gemeinschaft von der Montanwirtschaft auf andere Politikgebiete erweitern. Professor Giegerich betont, dass die Europäische Union eine Rechtsunion ist. Weder militärische Gewalt noch politische Macht, sondern das Recht sei die Basis der Gemeinschaft. Der Integrationsprozess beruhe auf Verträgen, die alle von nationalen Parlamenten oder Volksabstimmungen legitimiert seien. Das EU-Recht wirke in das Recht der

## **AUF EINEN BLICK**

Professor Thomas Giegerich gelang es mit pädagogischem Geschick immer wieder, die Schüler aktiv in seinen Vortrag miteinzubeziehen. Diese scheuten sich auch nicht, Fragen zu stellen. Die eineinhalbstündige Dauer der Veranstaltung verlangte den Schülern eine hohe Konzentration ab. Am Ende bestätigten sie aber, dass ihnen die Wichtigkeit und Bedeutung eines vereinigten Europas kompetent untermauert worden sei. Diejenigen, die bereits wahlberechtigt sind, werden gewiss am 22. bis 25. Mai 2014 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Mitgliedstaaten hinein in Form von Verordnungen und Richtlinien und verpflichte die Mitgliedstaaten zu diesem Recht. Da sich seit 1952 in einem dynamischen Prozess die ursprüngliche Zuständigkeit für Kohle und Stahl auf viele Politikbereiche wie Wirtschaft und Handel, Sozialpolitik, Sicherheit, Bildung, Verbraucherschutz und Umwelt erweitert habe, sei der fast stetige Rückgang in der Wahlbeteiligung von 65,7 Prozent im Jahre 1979 auf 43,3 Prozent bei den letzten Wahlen 2009 schwer nachvollziehbar. Professor Giegerich führt hierfür als mögliche Gründe die mittlerweile unübersichtliche Größe (28 Mitgliedstaaten), die Eurokrise oder "blame game" an. "Dieser Begriff meint, dass Mitgliedstaaten die Schuld für die Misserfolge in der eigenen Landespolitik der Europäischen Kommission in Brüssel zuschieben", erklärte eine Schülerin aus dem Auditorium.